



Herrn
Oberbürgermeister Martin Horn

per mail an hpa-ratsbuero@stadt.freiburg.de

Freiburg, 12.07.2022

**Freiburger Konzept „Öffentlicher Raum - Platzmanagement und Konfliktprävention“
hier: Ergänzungsantrag zu TOP 11 der Gemeinderatssitzung vom 12.07.2022**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Horn,

wir beantragen, den Beschlussantrag der Drucksache G-22/126 um folgende neue Ziffer 3 zu ergänzen und die bisherige Ziffer 3 als Ziffer 4 beizubehalten:

3.

a) Für den Bereich „Kommunale Kriminalprävention“ (s. Ziffer VII der Drucksache) empfiehlt der Gemeinderat der Verwaltung, vor dem 01.01.2023 die organisatorische und personelle Umsetzung modifiziert zu prüfen mit dem Ziel, dass der Teil der bisherigen Aufgaben mit starker fachlicher Überschneidung zum Amt für Soziales dort mit entsprechender Personalausstattung verbleibt.

b) Im Zusammenhang mit der ggf. vorzunehmenden Aufteilung der „Kommunalen Kriminalprävention“ zwischen Amt für Soziales und Amt für öffentliche Ordnung und den neuen Aufgaben des Konzepts nimmt der Gemeinderat einen weiteren Personalmehrbedarf im Umfang von 0,25 VZÄ zur Kenntnis (zusätzlicher Personalbedarf insgesamt 4,5 Stellen) und stellt hierfür vorsorglich weitere Personalmittel von 19.175 Euro in 2023 und 19.539 Euro in 2024 zur Verfügung. Das Verfahren zur Verankerung im Doppelhaushalt 2023/2024 würde entsprechend Beschlussziffer 2 durchgeführt.

4. Der Gemeinderat nimmt die für die Umsetzung des Konzepts veranschlagten Sach- und Transfermittel in Höhe von 200.000,00 € jährlich zur Kenntnis. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der Einbringung der notwendigen Sachaufwendungen in den Doppelhaushalt 2023/2024.

Begründung:

Im kommenden Jahr feiert die Stelle "Kommunale Kriminalprävention (KKP)" ihr 25-jähriges Bestehen. Nach einer kurzen, anfänglichen Zugehörigkeit im Amt für öffentliche Ordnung (AföO) ist die Stelle fest im Amt für Soziales (ASS) eingegliedert. Eine Herauslösung aus dieser langjährig gewachsenen Struktur und eine Umsiedelung zum

AfÖ halten wir nicht für zielführend. Das Handlungsfeld "Sicherheit im öffentlichen Raum", das Synergieeffekte ermöglichen könnte, ist nur ein Teilaspekt eines breiten Aufgabengebietes der Stelle „KKP“. Andere Aufgabenschwerpunkte wie die soziale Chancengleichheit oder die Prävention sexualisierter und häuslicher Gewalt (im Sinne der Istanbul-Konvention) überschneiden sich stärker mit den Aufgaben des ASS und sollten weiterhin dort mit all ihrer Relevanz bearbeitet werden können. Auch für die bestehende Zusammenarbeit mit den relevanten Akteur*innen halten wir eine Umsiedelung für problematisch.

Zielführender finden wir eine zusätzliche Teilzeitstelle beim AfÖO mit dem alleinigen Schwerpunkt der Konfliktprävention/-bearbeitung im öffentlichen Raum. So ist keine Umstrukturierung notwendig und die Zuständigkeiten sind klarer. Um diesen neuen Aufgabenschwerpunkt auch gut bearbeiten zu können, halten wir eine neue Stelle mit 0,5 VZÄ (statt 0,25 VZÄ) für angemessen und beantragen daher eine Aufstockung.

Mit freundlichen Grüßen

Anke Wiedemann & Pia Maria Federer, Fraktion Grüne

Julia Söhne & Renate Buchen, Fraktion SPD/Kulturliste

Sophie Kessl & Sergio Pax, Fraktion JUPI